

Nationaler Integrationsplan – Kurzfassung für die Presse

Der Nationale Integrationsplan stellt die Integrationsinitiativen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Bürgergesellschaft erstmals auf eine gemeinsame Grundlage. Er wurde im Dialog von Vertreterinnen und Vertretern aller staatlichen Ebenen, der wichtigsten nichtstaatlichen Organisationen und der Migrantinnen und Migranten erarbeitet. Alle Beteiligten haben sich im Nationalen Integrationsplan verpflichtet, geeignete Maßnahmen für eine bessere Integration zu ergreifen und umzusetzen.

AUSGANGSSITUATION

Unser Land blickt auf eine lange und prägende Migrationstradition mit zahlreichen Beispielen erfolgreicher Integration zurück. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebener integriert. Später fanden vier Millionen Spätaussiedler Aufnahme. Seit der ersten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wurden Millionen Menschen als Arbeitnehmer oder aus humanitären Gründen in unser Land aufgenommen. Diesen historischen Erfahrungsschatz werden wir sehr viel stärker als bisher für einen positiven und pragmatischen Umgang mit Zuwanderung und Integration nutzen.

Heute leben in Deutschland rund 15 Millionen Menschen, die einen Migrationshintergrund haben. Dies ist fast ein Fünftel der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Viele sind in Deutschland geboren.

Sehr viele Migrantinnen und Migranten haben längst ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden. Sie sind erfolgreich und tragen mit ihren Fähigkeiten und Leistungen zum Wohlstand und zur gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt des Landes bei. Angesichts des demografischen Wandels und des weltweiten Wettbewerbs um die besten Köpfe müssen wir auch künftig Zuwanderung gezielt für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands nutzen. Auch dafür ist eine nachhaltige Integrationspolitik dringend erforderlich.

Gleichwohl haben Integrationsprobleme in den zurückliegenden Jahren teilweise zugenommen. Teile der zugewanderten Bevölkerung sprechen nur ungenügend Deutsch, sie schneiden in Bildung und Ausbildung schwächer ab und sind häufiger arbeitslos. Zudem akzeptieren einige die Grundregeln unseres Zusammenlebens nicht; dies gilt auch hinsichtlich der Rechte von Frauen. Wir müssen verhindern, dass fehlende Perspektiven und mangelnde Akzeptanz, die eine große Zahl jugendlicher Zuwanderer verspüren, in gesellschaftspolitische Sackgassen führen. Eine „verlorene Generation“ darf nicht entstehen. Für die Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass alle bereit und willens sind, diese Schwierigkeiten zu beheben. Sonst droht aus dem Miteinander ein Gegeneinander zu werden.

Integration ist daher eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Grundlage ist neben unseren Wertvorstellungen und unserem kulturellen Selbstverständnis unsere freiheitliche und demokratische Ordnung, wie sie sich aus der deutschen und europäischen Geschichte entwickelt hat und im Grundgesetz ihre verfassungsrechtliche Ausprägung findet. Integration kann nicht verordnet werden. Sie erfordert Anstrengungen von allen, vom Staat und der Gesellschaft, die aus Menschen mit und ohne Migrationshintergrund besteht. Maßgebend ist zum einen die Bereitschaft der Zuwandernden, sich auf ein Leben in unserer Gesellschaft einzulassen,

unser Grundgesetz und unsere gesamte Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren und insbesondere durch das Erlernen der deutschen Sprache ein deutliches Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland zu setzen. Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft benötigen wir dafür Akzeptanz, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft, Menschen, die rechtmäßig bei uns leben, ehrlich willkommen zu heißen.

LEITLINIEN DER INTEGRATIONSPOLITIK

Der Bund geht neue Wege einer aktivierenden und nachhaltigen Integrationspolitik, die die Potenziale der Zugewanderten erkennt und stärkt. Diejenigen Migrantinnen und Migranten, die sich einer Integration dauerhaft verweigern, müssen auch mit Sanktionen rechnen. Unsere Integrationspolitik setzt insbesondere auf ein modernes Zuwanderungsrecht und den institutionalisierten Dialog mit Migrantinnen und Migranten gerade auch im Rahmen des Nationalen Integrationsplanes und der Deutschen Islamkonferenz. Auf der Grundlage ihres Positionspapiers „Gutes Zusammenleben – klare Regeln“ vom 12. Juli 2006 bestimmt die Bundesregierung folgende Leitlinien für ihre Integrationspolitik:

Erfolgreiche Integrationspolitik

- **heißt Dialog und enge Zusammenarbeit.** Der Nationale Integrationsplan ist das Ergebnis einer engen und konstruktiven Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten. Es ist der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und der nichtstaatliche Bereich Migrantinnen, Migranten und ihre Organisationen stärker in Planung und Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen.
- **weckt und nutzt Potenziale.** Sie setzt auf die vielfältigen Fähigkeiten, die Leistungen und das Engagement der Migrantinnen und Migranten, vermeidet Klischees und sieht Probleme als Herausforderung und Chance zur weiteren Entwicklung der Gesellschaft.
- **sieht die Schlüsselrolle von Frauen mit Migrationshintergrund.** Es sind gerade die Frauen, die in Beruf und Familie, aber auch mit ihrem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagement die Integration der nächsten Generation entscheidend prägen. Deshalb müssen wir die Potenziale von Frauen und Mädchen stärken. Stärkere Prävention und verbesserter Schutz vor häuslicher Gewalt sind unerlässlich.
- **baut auf eine aktive Bürgergesellschaft.** Integration ist nicht allein Aufgabe des Staates. Sie erfordert eine aktive Bürgergesellschaft, in der möglichst viele Menschen Verantwortung übernehmen und Eigeninitiative entwickeln.
- **gewinnt ihre Kraft aus der Verantwortung und dem Engagement aller Beteiligten.** Nachhaltig, wirksam und konkret wird der Nationale Integrationsplan, weil sich alle Akteurinnen und Akteure mit eigenen Beiträgen beteiligen. Verbindlichkeit erlangt er durch die rund 400 Selbstverpflichtungen, die alle Mitwirkenden eingegangen sind.
- **ist Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen.** Bund, Länder und Kommunen verpflichten sich zu einer aktivierenden und nachhaltigen Integrationspolitik. Einzelmaßnahmen müssen allerdings noch besser aufeinander abgestimmt werden.
- **muss zielgerichtet erfolgen.** Migrantinnen und Migranten bilden keine homogene Gruppe. Deshalb sind Förderkonzepte gezielt an den Einzelnen, ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten und ihrem Integrationsbedarf auszurichten.
- **orientiert sich an Fakten.** Deshalb müssen Forschung, Statistik und unser Wissen um die Rahmenbedingungen gelingender Integration deutlich verbes-

sert werden. Neben der Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit muss auch der Migrationshintergrund als Kriterium für die Planung und Überprüfung von Integrationspolitik herangezogen werden.

- **muss sich an klaren Indikatoren messen lassen.** Diese müssen fortentwickelt und zur Grundlage einer regelmäßigen Berichterstattung und Evaluation werden.

I. MAßNAHMEN DES BUNDES

Im Finanzplanungszeitraum wird die Bundesregierung rund 750 Millionen € p.a. für unmittelbare Integrationsförderung bzw. für Maßnahmen mit primärer Zweckbestimmung Integrationsförderung zur Verfügung stellen. Daneben wird der Bund auch weiterhin eine große Zahl mittelbar integrationsfördernder Maßnahmen finanzieren. Insbesondere ihre allgemeinen Förderprogramme in der Familien-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik kommen gerade auch Menschen aus Zuwandererfamilien zugute. Die Bundesregierung wird die vorhandenen Förderprogramme überprüfen und gegebenenfalls so ausrichten, dass sie ihren Nutzen in der Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten noch besser erreichen.

Bis Ende 2008 wird die Bundesregierung eine Zwischenbilanz zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans ziehen.

Integration durch Bildung

Bildung ist der entscheidende Schlüssel zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration. Der sichere Umgang mit der deutschen Sprache ist die wichtigste Voraussetzung dafür. Das erfordert ein Bildungssystem, das Chancen eröffnet und Potenziale entwickelt. Die Bundesregierung

- strebt gemeinsam mit den Ländern und Kommunen den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren auf eine Versorgungsquote von durchschnittlich 35 Prozent bis 2013 an. Der Bund wird sich maßgeblich an den Ausbaukosten beteiligen. Dieser Ausbau zielt auch auf Kinder mit Migrationshintergrund und wird positive Effekte für die frühe Sprachförderung haben.
- spricht sich dafür aus, aufgrund der demografischen Entwicklung frei werdende Haushaltsmittel für die Verbesserung der Bildung zu nutzen.
- entwickelt ein Konzept zur allgemeinen Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen.
- fördert die Forschung zu Verfahren der Sprachstandsfeststellung. Sie sollen die Entwicklung von Förderplänen für Schülerinnen und Schüler und Fortbildungskonzepten für Lehrende ermöglichen.
- unterstützt gemeinsam mit zehn Bundesländern die Entwicklung einer Gesamtkonzeption sprachlicher Bildung durch das Programm FörMig.
- verfolgt mit ihrem Modellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ das Ziel, Schulverweigererinnen und –verweigerer wieder in die Schulen zu integrieren und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu verbessern.
- unterstützt die Länder in der Bildungsforschung und bei der Entwicklung von Konzepten und Instrumenten zur Integrationsverbesserung.

Integration durch Sprache – Die Integrationskurse des Bundes

Sprache ist Voraussetzung für Integration. Integration kann nur gelingen, wenn Zugewanderte mit den Lebensverhältnissen in Deutschland so weit vertraut gemacht werden, dass sie in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens selbständig handeln können. Zu diesem Zweck führt der Bund mit den Integrationskursen

seit 1. Januar 2005 erstmals einheitliche Sprach- und Orientierungskurse für Zuwanderer durch. Eine im Dezember 2006 vorgelegte Evaluation hat Vorschläge zur qualitativen Verbesserung entwickelt. Um möglichst allen Teilnehmenden den erfolgreichen Abschluss zu ermöglichen, werden die Stundenkontingente bedarfsgerecht ausgeweitet und das Kursangebot qualitativ verbessert. Hierzu gehört auch eine qualifizierte Kinderbetreuung, insbesondere bei Eltern- und Frauenintegrationskursen. Der Bund

- wird das Angebot an Integrationskursen zeitnah und flächendeckend ausbauen.
- wirkt auf eine stärkere Kooperation zwischen Migrationserstberatung bzw. Jugendmigrationsdiensten und den Sprachkursträgern hin.

Integration in Ausbildung und Erwerbsleben

Bildung und Ausbildung sind zentrale Faktoren für die gesellschaftliche Integration. Um den Zugang junger Menschen mit Migrationshintergrund zu Ausbildung und Beruf zu verbessern, forciert der Bund insbesondere Maßnahmen, die die Zahl der Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit Migrationshintergrund erhöhen. Der Bund wird

- gemeinsam mit den Partnern des Ausbildungspaktes das Engagement zur beruflichen Integration von bildungs- und ausbildungswilligen jungen Menschen mit Migrationshintergrund intensivieren.
- die Bemühungen der Partner im Ausbildungspakt mit dem „Sonderprogramm des Bundes zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher“ (EQJ-Programm) flankieren, das erfolgreiche Programm auf 40.000 Plätze aufstocken und verlängern.
- mit der Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und deutsch-ausländischen Wirtschaftsverbänden das Ziel verfolgen, bis zum Jahr 2010 bis zu 10.000 neue Ausbildungsplätze in Unternehmen mit Inhaberinnen und Inhabern ausländischer Herkunft zu gewinnen.
- mit dem Programm JOBSTARTER, einschließlich der „Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen“ (KAUSA), einen Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation insbesondere von Jugendlichen mit Migrationshintergrund leisten.
- sich in seinem Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe für eine Erhöhung der Zahl von Auszubildenden mit Migrationshintergrund einsetzen.
- Berufsausbildungsbeihilfen und BAföG für ausländischer Auszubildende ausweiten, insbesondere für Jugendliche mit Aufenthaltsrecht und Bleibeperspektive.
- jungen Frauen mit Migrationshintergrund ein Mentoringprogramm zur individuellen Arbeitsmarkt- und Berufsorientierung anbieten.

Integration gelingt am besten dort, wo Menschen aus Zuwandererfamilien aktiv im Erwerbsleben stehen. Wirtschaft und Verwaltungen werden künftig gezielt auf Personal mit spezifischen sprachlichen und interkulturellen Kenntnissen angewiesen sein. Eine deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktintegration ist daher sowohl aus sozial- und gesellschaftspolitischen wie aus volkswirtschaftlichen Gründen dringend geboten. Der Bund

- hat das Beratungs- und Informationsnetzwerk „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit

und nichtstaatlichen Trägern neue Strategien zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Migrantinnen und Migranten zu entwickeln. Nach Abschluss der Evaluierung wird geprüft, inwieweit Instrumente und Handlungsansätze in das Regelsystem der Arbeitsmarktpolitik überführt werden können.

- wird im Rahmen seiner Möglichkeiten auch den Anteil des Personals mit Migrationshintergrund nach Eignung, Leistung und Befähigung erhöhen. Er strebt an, dass dabei sprachliche und interkulturelle Kompetenzen angemessen berücksichtigt werden.
- unterstützt die Wirtschaftsinitiative „Diversity als Chance – Die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland“ und begleitet sie mit der Kampagne und Wettbewerbsreihe „Vielfalt am Arbeitsplatz/Vielfalt als Beschäftigungsressource“, die darauf zielt, die Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation von Migrantinnen und Migranten zu verbessern.
- weitet die berufsbezogene Förderung der deutschen Sprache im Rahmen des Programms des Europäischen Sozialfonds (ESF) ab Mitte 2007 aus. Sie soll die Integrationskurse arbeitsmarktbezogen ergänzen und steht künftig allen Personen mit Migrationshintergrund offen.
- wird mit der Umsetzung des ESF-Bundesprogramms für die Förderperiode 2007-2013 ein besonderes Augenmerk auf migrationspolitische Aspekte richten und den Nationalen Integrationsplan durch eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen unterstützen.
- die berufsbezogene Sprachförderung ab Mitte 2007 ausweiten. Sie soll die Integrationskurse des Bundes arbeitsmarktbezogen ergänzen und steht künftig allen Personen mit Migrationshintergrund zur Verfügung.

Integration in der Wissenschaft

Das deutsche Wissenschaftssystem steht in vielen Bereichen für gelingende Integration. In Deutschland sind die mehr als 180.000 ausländischen Studierenden und hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler willkommen. Der Bund

- unterstützt die Integration in der Wissenschaft, damit die weltweit Besten gewonnen werden und Deutschland Studienstandort und als Land der Ideen weltweit gut positioniert ist.
- setzt auf die verstärkte Förderung begabter und hochbegabter Bildungsinländer und Ausländer in Studium und Wissenschaft, vor allem durch Erweiterungen in der migrantenspezifischen Ausbildungs- und Begabtenförderung.
- unterstützt die Migrations- und Integrationsforschung.
- begrüßt das Engagement der Länder zur Verbesserung des Studienerfolgs ausländischer Studierender und unterstützt dies im Rahmen von Mittlerorganisationen.
- wird die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker für den Arbeitsmarkt weiterentwickeln.

Frauen und Mädchen

Fast die Hälfte der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sind Frauen und Mädchen. Migrantinnen kommt in ihrer Rolle als Mütter eine Schlüsselstellung für die Integration der nächsten Generation zu. Der Bund wird seine Bemühungen fortsetzen, die Potenziale der Migrantinnen in ihren vielfältigen Lebensentwürfen zu stärken und die Frauen und Mädchen in ihren vielfältigen

Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zu unterstützen. Wesentlicher Beitrag zur Integration sind

- die Ausweitung der Stundenkontingente für die Integrationskurse für Eltern und Frauen,
- die Verpflichtung der Kursträger zum Nachweis einer qualifizierten Kinderbetreuung,
- die Verbesserung der Förderung ausländischer Auszubildender und Studierender.
- Der Bund wird den Dialog mit Migrantinnen fortsetzen sowie deren Organisationen künftig stärker in die Planung und Durchführung von Vorhaben einbeziehen.

Zwangsverheiratungen zerstören Lebensperspektiven und verletzen die Betroffenen auf schwerwiegende Weise in ihren Menschenrechten. Der Bund wird fortfahren, Zwangsverheiratungen zu bekämpfen und den Betroffenen zu helfen, u.a.

- mit einer Onlineberatung für Betroffene und professionell Helfende als Modellprojekt.
- durch zeitnahe Verbesserung der empirischen Erkenntnislage zu Umfang und Ausmaß der Zwangsverheiratung.
- durch einen Beitrag zur Sicherung von Zufluchtstätten in erforderlicher Zahl und zur gesicherten Finanzierung der Hilfen.

Integration vor Ort

Das unmittelbare Wohnumfeld hat zentrale Funktion im Integrationsprozess. Der Bund würdigt ausdrücklich die Integrationsleistungen der Kommunen. Es besteht Einigkeit, dass Integration ein Anliegen der gesamten Kommune ist und fachübergreifende Gesamtkonzepte notwendig sind. Besonderer Handlungsbedarf besteht in benachteiligten Stadtteilen, in denen häufig auch besonders viele Zugewanderte leben. Zentrales Handlungsinstrument ist das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“. Der Bund

- stellt für das Programm „Soziale Stadt“ jährlich Finanzhilfen zur Verfügung. Die Förderung wird fortgeführt und insgesamt auf dem jetzigen Niveau verstetigt.
- führt darüber hinaus das Programm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ in den Programmgebieten der Sozialen Stadt durch, mit dem gezielt die sozialräumliche Bündelung von Maßnahmen der Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung verstärkt wird.
- erprobt und begleitet im Modellprogramm „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“ Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration.

Kulturelle Integration

Kultur ist eine wesentliche Grundlage unseres Zusammenlebens und verbindet Menschen unterschiedlicher Herkunft. Der Bund intensiviert seine Aktivitäten zur kulturellen Integration und legt einen Schwerpunkt auf die kulturelle Bildung. Dazu wird er unter anderem

- eine interministerielle Arbeitsgruppe „Kultur und Integration“ einsetzen, um das Thema als ressortübergreifende Schwerpunktaufgabe zu behandeln.
- den Gedanken der Integration in seine Fördergrundsätze aufnehmen und diesen Zielen, wo er selbst Träger von kulturellen Projekten ist, Rechnung tragen.

- beim International Council of Museums (ICOM) die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Museum – Migration – Kultur – Integration“ anregen.
- im Rahmen der deutsch-französischen Ministerräte und des „Europäischen Jahres für den interkulturellen Dialog 2008“ die Kooperation mit Frankreich und Großbritannien zu Maßnahmen der Integration und kulturellen Bildung intensivieren.

Integration durch Sport

Sport trägt in großem Maße dazu bei, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft freundschaftlich und fair begegnen. Sport wirkt als Integrationsmotor. Die Sportvereine und -verbände leisten seit vielen Jahren ganz selbstverständlich einen großen Beitrag zur Integration. Der Bund

- finanziert das Programm „Integration durch Sport“ und wird dessen Wirksamkeit in Zukunft noch erhöhen, unter anderem durch eine umfassende wissenschaftliche Evaluierung.
- richtet zur Verbesserung des Erfahrungsaustausches und zur Vernetzung der unterschiedlichen Projekte eine Informationsplattform zur Dokumentierung der verschiedenen überregionalen und regionalen Angebote ein.
- unterstützt die Anstrengungen des organisierten Sports zur interkulturellen Öffnung durch die Öffentlichkeitskampagne „Integration. Wir machen mit!“

Integration durch Medien

Medien prägen die öffentliche Wahrnehmung von Zuwanderern und wirken meinungsbildend in der Frage der Integration. Ihnen kommt deshalb eine besondere Verantwortung zu. Eingedenk der Unabhängigkeit der Berichterstattung und der medienpolitischen Zuständigkeit der Länder unterstützt die Bundesregierung die Medien in ihrem integrationspolitischen Beitrag. Der Bund

- unterstützt die Entwicklung integrativer Programmformate für das Fernsehen im Rahmen von Ideenwerkstätten. Er kooperiert hierzu mit dem Grimme-Institut, der Civis-Medienstiftung, der Deutschen Welle und der Bundesinitiative Integration und Fernsehen.
- prüft die Förderung der Zusammenarbeit deutscher und türkischer Medien, etwa in Form von Workshops oder einer deutsch-türkischen Fernsehkonferenz.

Integration durch bürgerschaftliches Engagement

Integration ist ohne die vielfältigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft nicht möglich. Bürgerschaftliches Engagement schafft sozialen Zusammenhalt und wirkt als erfolgreicher Katalysator für Integration. Das Engagement der Menschen aus Zuwandererfamilien bereichert unsere vielfältiger werdende Gesellschaft. Es braucht aber auch Anerkennung und gezielte Förderung. Der Bund

- wird eine angemessene Beteiligung von Migrantinnen und Migranten bzw. entsprechender Organisationen gewährleisten, und zwar im Rahmen von Bundesprogrammen, vom Bund geförderten Infrastruktur- und Netzwerkprojekten, von Ausschreibungen sowie bei der Besetzung von Beiräten und Fachgremien.
- wird die stärkere interkulturelle Öffnung und Vernetzung zum Förderkriterium für Infrastrukturprojekte gestalten bzw. in den Fördervereinbarungen verankern.

- wird fachliche Hilfe für Migrantenorganisationen als Träger von Projekten anbieten und hierfür die Bildung von Netzwerken von Migrantenorganisationen unterstützen.

II. BEITRAG DER LÄNDER

Im Bewusstsein um die hohe Bedeutung von Integration für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft legen die Länder ihren gemeinsamen Beitrag zum Nationalen Integrationsplan vor. Die Länder stellen sich ihrer Verantwortung für das Gelingen von Integration in Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kommunen und der Zivilgesellschaft. In allen Ländern wird Integrationspolitik als zentrale gesellschaftliche Zukunftsaufgabe verstanden. Die Länder bekennen sich einvernehmlich zu einem umfassenden Verständnis von Integrationspolitik. Sie werden sich weiterhin der Aufgabe stellen, die bestehenden vielfältigen Einzelmaßnahmen zur Integrationsförderung besser aufeinander abzustimmen, in schlüssige Gesamtkonzepte einzubetten und klare Verantwortlichkeiten festzulegen. Dabei gilt für die Länder das Prinzip „Einheit im Ziel – Vielfalt der Wege“. Die Länder halten neben der engen Zusammenarbeit mit dem Bund und der Zivilgesellschaft eine Verstärkung des Dialogs zwischen den Ländern für unabdingbar. Deshalb verpflichten sich die Länder, ihre Zusammenarbeit weiter auszubauen und einen regelmäßigen Austausch über Programme und Maßnahmen der Integrationspolitik im Sinne von „guter Praxis“ sicherzustellen. Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren werden im Zuge der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans und zur Erörterung aktueller integrationspolitischer Fragen auch künftig zusammenkommen.

Die Länder verstehen unter Integration weit mehr als ein freundliches Nebeneinander von Menschen. Integration setzt eine Kultur des gegenseitigen Respekts voraus. Dabei gilt der Grundsatz des Förderns und Forderns. Dies bedeutet, dass sich Zugewanderte und ihre Familien mit ihren Fähigkeiten und Potenzialen für ihre Teilhabe einsetzen und dazu Integrationsangebote annehmen. Sie erhalten ihrerseits Solidarität und Unterstützung der Aufnahmegesellschaft, wenn sie sich aus eigener Kraft nicht ausreichend helfen können.

Integration vor Ort

Die Länder wirken darauf hin, dass die Programme der Europäischen Union, des Bundes und die von ihnen selbst getragenen Programme zur integrierten Stadtentwicklung stärker für Maßnahmen der Integration genutzt werden.

Integration durch Bildung

Bildung ist die wichtigste Ressource für gelingende Integration. Die Länder

- wollen sprachliche Bildung als Querschnittsaufgabe in die Konzepte der Kindertagesstätten integrieren.
- erarbeiten bzw. haben gemeinsame, eng aufeinander abgestimmte Bildungs- und Erziehungspläne für Kindertagesstätten und Grundschulen erarbeitet.
- planen Sprachstandsfeststellung vor der Einschulung mit anschließender Förderung im Bedarfsfall bzw. führen diese bereits durch.
- streben zusätzliche Fördermaßnahmen für Einrichtungen mit hohem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an.
- halten Fördermaßnahmen zur Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher für unerlässlich.

- werden für sprachunterstützende Maßnahmen in allen Schulformen und auf allen Schulstufen Sorge tragen.
- verstehen dies als Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer in allen Fächern und verpflichten sich, in den kommenden fünf Jahren die notwendigen Fortbildungsmaßnahmen anzubieten, damit allen Lehrkräften ihren Sprachbildungsauftrag im Unterricht erfüllen können.
- werden ihre Arbeit mit Eltern aus Zuwandererfamilien verstärken, prüfen die Möglichkeit des Einsatzes und der Qualifizierung ehrenamtlicher mehrsprachiger Elternbegleiterinnen und –begleiter und führen eine systematische und zielgerichtete Elterninformation ein.
- wollen innerhalb der kommenden fünf Jahre die Schulabbrecherquote unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich senken und eine Angleichung an den Gesamtdurchschnitt der Schülerinnen und Schüler erreichen.
- wollen die Durchlässigkeit der bestehenden Schulsysteme erhöhen mit dem Ziel, die Übergangsquoten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den allgemeinen Durchschnitt anzugleichen.
- werden Schulen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund spezifische Mittel bereitstellen (z.B. Senkung der Klassenfrequenzen, Erhöhung des Lehrpersonals, Unterstützung der Lehrkräfte durch sozialpädagogische Fachkräfte).
- begegnen dem Bedarf dieser Schulen an besonders qualifiziertem Personal durch erhöhte Einstellung von Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern mit Migrationshintergrund und durch konsequente Fortbildung und haben dazu Module zum Erwerb interkultureller Kompetenz in den Ausbildungsstandards für Lehrerinnen und Lehrer festgeschrieben.
- schenken der berufsbezogenen Sprachförderung besondere Aufmerksamkeit und bemühen sich deshalb um besondere Unterstützung auch für berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund.
- wollen Bildungsinländer noch stärker für den Erwerb der Hochschulreife und zur Aufnahme eines Studiums motivieren.
- wollen die Erfolgsquote ausländischer Studierender durch Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache sowie durch Beratungs-, Betreuungs- und Coachingprogramme heben.

Integration in das Erwerbsleben

Für die gesellschaftliche Integration ist Erwerbstätigkeit von entscheidender Bedeutung. Die Länder

- unterstützen die Integration in den Arbeitsmarkt durch landesspezifische Arbeitsmarktprogramme.
- wirken in ihrer Rolle als Arbeitgeber darauf hin, den Anteil des Personals mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und Leistung zu erhöhen und dabei sprachliche und interkulturelle Kompetenzen angemessen zu berücksichtigen.
- haben sich im Rahmen des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ verpflichtet, für ein besseres Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf einzutreten und hierbei insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund zu unterstützen.

- initiieren und unterstützen Netzwerke und Kooperationen zwischen Verwaltungen, Schulen, Jugendeinrichtungen, örtlichen Gewerbetreibenden, Arbeitsagenturen, Arbeitsgemeinschaften/Optionskommunen, Migrantenorganisationen, Unternehmensverbänden von Zugewanderten und anderen Akteuren.
- richten ihre Informations- und Beratungsangebote für Selbständige und Existenzgründer stärker auf Zugewanderte aus.
- werben dafür, verstärkt Ausbildungsplätze in Betrieben von Inhaberinnen und Inhabern mit Zuwanderungsgeschichte zu gewinnen.

Integrationskurse

Die Länder tragen im Rahmen ihrer Zuständigkeit zum Erfolg der Integrationskurse bei. Sie

- wirken auf eine verbesserte Zusammenarbeit von Ausländerbehörden, Arbeitsgemeinschaften/Optionskommunen, Integrationskursträgern, den Regionalkoordinatoren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der migrationsspezifischen Beratungsdiensten hin.
- binden auch Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe und Einrichtungen im Sozialwohnraum (Wohnungsunternehmen) in das Netzwerk ein, um „Altzugewanderten“ einen besseren Zugang zu den Integrationskursen zu ermöglichen.

Frauen und Mädchen

Die Länder würdigen den Einsatz der vielen zugewanderten Frauen für die Integration in Familie, Beruf, Nachbarschaft und Gesellschaft. Sie

- wollen die Rechte und Chancen der Mädchen und Frauen auf volle gleichberechtigte Partizipation nachhaltig stärken.
- dazu geeignete Maßnahmen der Prävention, Krisenintervention und Unterstützung ergreifen, sofern Mädchen und Frauen an der Entfaltung ihrer Rechte, insbesondere auf freie Berufs- und Partnerwahl, gehindert werden.

Gesundheit

Bildungsferne und sozial schwächere Menschen mit Migrationshintergrund nutzen die Angebote der Gesundheitsvorsorge und -versorgung weniger als andere. Die Länder wollen

- die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am Gesundheitssystem durch dessen interkulturelle Öffnung verbessern.
- den Zugang zu gesundheitlichen Angeboten, das Gesundheitswissen und die Gesundheitskompetenz verbessern und dazu zielgruppenspezifische Angebote weiterentwickeln und umsetzen.

Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Obwohl der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund steigt, finden viele von ihnen keinen Zugang zu Angeboten für Seniorinnen und Senioren, zu Pflegediensten und -einrichtungen. Die Länder werden diese Angebote verbessern durch

- gezielte Information.
- Förderung kultursensibler Arbeitsweisen in der Seniorenarbeit und Pflege.

Integration durch bürgerschaftliches Engagement und gleichberechtigte Teilhabe

Sozialer Zusammenhalt braucht die breit gefächerten Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Die Länder

- fördern eine Kultur der Anerkennung durch die Würdigung des herausragenden Engagements Einzelner und Auszeichnung gelungener Integrationsprojekte.
- beziehen den Sachverstand engagierter Bürger auf dem Gebiet der Integration durch die Berufung in geeignete Gremien ein.

Integration durch Sport

Dem Sport kommt eine herausragende Integrationskraft zu. Sport vermittelt Teamgeist, Fairness und Akzeptanz. Die Länder

- finanzieren insbesondere für den Breitensport den Bau, die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten.
- unterstützen den Sport in vielfältiger Weise, z.B. durch Beteiligung am Programm „Integration durch Sport“.
- wollen die Vernetzung der Strukturen der Integrationsförderung mit den Sportvereinen stärker vorantreiben.

Medien

Die Länder sind der Auffassung, dass den Medien, insbesondere den öffentlich-rechtlichen Medien, eine zentrale Querschnittsaufgabe bei der Integration zukommt. Die Ministerpräsidenten haben ARD und ZDF deshalb gebeten, Vorschläge zu Weiterentwicklung und Umsetzung von Programmangeboten zu erarbeiten.

Integrationsmonitoring

Die in den vorhandenen Statistiken übliche Differenzierung in Deutsche und Ausländer ist nach Auffassung der Länder für die Erfassung des Standes der Integration nur noch eingeschränkt aussagekräftig. Die Länder streben an, die neue Datenqualität des Mikrozensus in ihre Integrationssteuerung einfließen zu lassen.

III. BEITRAG DER KOMMUNEN

In einigen Kommunen verfügen annähernd 30 Prozent der Bevölkerung über einen Migrationshintergrund. Diese Entwicklung wird sich – auch angesichts der demographischen Entwicklung – in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen und gibt Anlass, Integrationsbemühungen fortzuführen und weiter zu optimieren. Zahlreiche gute Beispiele zeugen in vielfältiger Weise von gelungenen Integrationsmaßnahmen vor Ort. Städte, Kreise und Gemeinden sind sich ihrer großen Verantwortung bei der Integration bewusst. Sie sind aufgefordert und bereit, ihre Gestaltungspotentiale zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auch weiterhin einzusetzen. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihren Mitgliedern und Mitgliedsverbänden:

Integration als kommunale Querschnittsaufgabe

- der Integration eine hohe kommunalpolitische Bedeutung beizumessen.
- Integration als ressortübergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern und ihrer Bedeutung entsprechend anzusiedeln.
- kommunale Gesamtstrategien, die den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen angepasst sind, zu entwickeln und fortzuschreiben.

Unterstützung lokaler Netzwerke

- sich für eine stärkere Vernetzung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure einzusetzen und erforderlichenfalls Vernetzungen zu initiieren.
- dabei als zentraler Akteur zur Koordinierung und Abstimmung der verschiedenen Integrationsbemühungen aufzutreten.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

- den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen zu erhöhen.
- Mitarbeiter in der Weise fortzubilden, dass dem Bedarf an interkultureller Kompetenz in der Verwaltung noch wirkungsvoller Rechnung getragen werden kann.

Integration durch Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

- bürgerschaftliches Engagement von, für und mit Migranten zu unterstützen und zu fördern.
- Menschen mit Migrationshintergrund stärker an den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen des sozialen und politischen Lebens zu beteiligen.
- dabei auch für die Einbeziehung der weiblichen Migrationsbevölkerung einzutreten.
- die Kompetenzen der Zuwanderer als Multiplikatoren und Konfliktmoderatoren stärker einzubeziehen.

Sprache und Bildung

- Zuwanderer bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten des Bundes und der Länder (z. B. durch Information über entsprechende Angebote) zu unterstützen und zu den Angeboten hinzuführen.
- das Bildungsangebot durch kommunale Maßnahmen zu ergänzen.
- diese Angebote mit denen des Bundes und der Länder zu vernetzen.

Berufliche Integration

- als Träger von Aufgaben nach dem SGB II die berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen.
- auch in ihrer Rolle als Arbeitgeber einen unmittelbaren Beitrag zur beruflichen Integration zu leisten.

Sozialräumliche Integration

- in Sozialräumen mit Integrationsdefiziten durch Quartiersmanagement und Netzwerkbildung das Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen zu fördern.
- mit niedrigschwelligen sozialen und kulturellen Angeboten die Lebensqualität im und die Identifikation mit dem Quartier zu stärken.
- von Förderinstrumenten zur Stärkung benachteiligter Quartiere, z.B. das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und die Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF), stärker Gebrauch zu machen.

Förderung lokaler ethnischer Ökonomie

- im Rahmen kommunaler Wirtschaftsförderungskonzepte der zunehmenden Bedeutung der ethnischen Ökonomie Rechnung zu tragen.

- in der Bevölkerung und der Verwaltung das Bewusstsein für das Potential der ethnischen Ökonomie zu wecken und für den kommunalen Wirtschaftsstandort zu nutzen.

Stärkung des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit

- auch weiterhin energisch extremistische und fremdenfeindliche Bestrebungen zu bekämpfen und Fremdenfeindlichkeit in allen Ausprägungen entgegenzutreten.
- örtliche Netzwerke gegen Extremismus und für Toleranz zu unterstützen.

Information und Evaluation

- über die vor Ort verfügbaren Integrationsangebote in geeigneter Weise zu informieren.
- ihre Integrationsbemühungen zu dokumentieren, zu evaluieren und gegebenenfalls zu optimieren.

IV. AUSGEWÄHLTE SELBSTVERPFLICHTUNGEN NICHTSTAATLICHER ORGANISATIONEN UND AKTEURE

Zur Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans hat die Bundesregierung sechs Arbeitsgruppen zu zehn Themenfeldern eingesetzt. Hier waren alle Beteiligten, ausdrücklich einschließlich der Migrantinnen und Migranten, gleichberechtigt eingebunden. In intensiven Beratungen haben die Arbeitsgruppen Bestandsaufnahmen, Zielbestimmungen und integrationsfördernde Maßnahmen formuliert und jeweils in einem Abschlussbericht zusammengefasst. 376 Vertreterinnen und Vertreter aus Staat und Gesellschaft haben sachkundig und engagiert mitgewirkt. Die Berichte dokumentieren authentisch rund 400 sehr konkrete Selbstverpflichtungen vor allem von Akteuren der Zivilgesellschaft. Naturgemäß haben die in den Arbeitsgruppenberichten dargestellten Selbstverpflichtungen unterschiedliche Reichweite und Bedeutung. Jede einzelne ist von Belang und als konkreter Beitrag zur Integration sehr willkommen.

Migrantenorganisationen

Die **Türkische Gemeinde in Deutschland (TDG)** startet u.a. in Zusammenarbeit mit der **Föderation Türkischer Elternvereine** eine Bildungsoffensive für Eltern türkischer Herkunft mit dem Ziel, diese Eltern zu motivieren, zu qualifizieren und zu aktivieren, sich stärker für die Bildung ihrer Kinder einzusetzen. Die Bildungskampagne hat unter anderem zum Ziel, die Beteiligung türkischstämmiger Eltern- und Schülervereine und -vertreterinnen in den Schulen deutlich zu steigern, den Anteil von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Abschluss zu halbieren und die Zahl türkischstämmiger Schüler und Schülerinnen mit Mittlerem Abschluss und mit Abitur deutlich zu verbessern.

Im Rahmen dieser Kampagne soll das Bildungsbewusstsein durch Kooperation mit türkischsprachigen Medien vermehrt werden, Eltern-Akademien in allen Bundesländern gegründet und 100 Bildungsbotschafterinnen und -botschafter der Türkischen Gemeinde in Deutschland als Multiplikatorinnen und Vermittler in den Bundesländern ernannt und qualifiziert werden.

Die **Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung** fördert Kindern und Eltern im Bereich Frühpädagogik und plant eine Ausweitung ihres Sprachförderprojektes *frühstart*. Außerdem schult sie in ihrem Prediger-Projekt Autoritäten in den türkischen Communities, in diesem Fall die Prediger, zu Gesundheitsthemen und sorgt somit für gesundheitliche Aufklärung.

Italienische Migrantenvereine unterstützen Kinder und Jugendliche durch ergänzenden muttersprachlichen Unterricht und informieren italienischstämmige Eltern über die Bedeutung des frühen Besuchs einer Kindertageseinrichtung. Der italienische Staat fördert über seine Konsulate und Migrantenvereine Kinder und Jugendliche durch ergänzenden muttersprachlichen Unterricht und allgemeine Förderkurse nach Lernstand und Bedarf. Künftig soll zudem angeboten werden, diese Förder- und Sprachangebote in Kooperation mit Ganztagschulen mit einem hohen Anteil an italienischen Kindern auch interessierten deutschen und anderssprachigen Kindern als zusätzliches Angebot zu eröffnen. Als neues Instrument wird von italienischer Seite das Konzept des „Tandemunterrichtes“ an Schulen erprobungsweise gefördert, wobei ein Teil des Regelunterrichts der Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen von muttersprachlichen Lehrkräften auf italienisch begleitet wird.

Der **Bund der spanischen Elternvereine** verpflichtet sich, auch in den kommenden Jahren Fortbildungsprogramme für Migranteneltern im Bereich Sprachförderung durchzuführen. Er stellt seine Erfahrungen und Arbeitsmethoden in der Förderung von Mehrsprachigkeit und Schulerfolg von Migrantenkindern auch Migrantinnen und Migranten aus anderen Ländern und ihren Organisationen zur Verfügung.

Die **Deutsch-Hellenische Wirtschaftsvereinigung (DHW)** engagiert sich ebenfalls für die Pflege und Förderung der bi- und multilingualen Erziehung in Deutschland. Darüber hinaus plant die DHW für das Jahr 2007 eine „IG-Interessengemeinschaft für Ausbildung und Qualifizierung“ in den Regionen Köln und Düsseldorf. Diese Gemeinschaft hat das Ziel, griechische Unternehmerinnen und Unternehmer in allen Belangen der Unternehmensführung zu unterstützen. Die „IG“ ist eine Lobbygemeinschaft für griechische Unternehmen und steht in Kooperationen mit Wirtschaftspartnerinnen und -partnern der Regionen, den deutschen und griechischen Behörden sowie der griechischen und deutschen Presse.

Der **Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.** plant eine breit angelegte Informationskampagne mit dem Titel „Frauen haben Rechte“

Das **CGIL-Bildungswerk e. V.** wird die Erfahrungen seiner erfolgreichen schulischen Integrationsarbeit durch das Projekt „JUMINA - Junge Migranten in Ausbildung“ zur weiteren Realisierung anderen Schulämtern und Kommunen zur Verfügung stellen. Die Einrichtung einer Koordinationsstelle ist fester Projektbestandteil, um Schulen, Schulämter, kommunale Einrichtungen, Betriebe, Kammern, Arbeitsagenturen, Migrantenorganisationen, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und deren Eltern zu vernetzen. Das CGIL-Bildungswerk e. V. wird die binationalen und bilingualen Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose mit Migrationshintergrund in Zusammenarbeit mit deutschen Bildungseinrichtungen auf weitere Bundesländer erweitern (z. B. Import/Export-Assistent Deutschland/Italien und Deutschland/Türkei).

Das **Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. in Köln** bietet Polizeidienststellen und sozialen Einrichtungen seine Unterstützung

als Kulturmittlerin in Fällen häuslicher Gewalt an. Es sensibilisiert türkischstämmige Familien über türkische Medien für das Problem der häuslichen Gewalt und klärt bei Veranstaltungen in Moscheen darüber auf.

Das **Deutsch-Türkische Forum Stuttgart** baut ab 2008 sein erfolgreiches „Patentmodell“ aus, bei dem Studenten Migrantenkinder betreuen, um die Menschen persönlich zu erreichen und Orientierung zu geben. Das Forum Stuttgart wird die erfolgreiche Kooperation von etablierten klassischen Kultureinrichtungen und ausländischen Kulturvereinen ausbauen.

Die **Deutsche Jugend aus Russland e. V.** wird in Kooperation mit Museen ein Netzwerk praktischer Migranten-Jugendarbeit initiieren. Sie plant eine bundesweite Aktion zur Einbindung von Eigeninitiativen im Bereich Kulturarbeit der Zugewanderten aus Russland, der Ukraine, Kasachstan, Usbekistan etc. in die bestehenden Netzwerke der Kultur- und Jugendarbeit. Die Deutsche Jugend aus Russland e.V. wird ferner Seminarangebote entwickeln, um die Professionalisierung und den Kompetenzaufbau seitens der Migranten im Kulturmanagement und beim Fundraising durch Maßnahmen der Qualifizierung und Weiterbildung zu erreichen.

Wirtschaft und Gewerkschaften

Das bundesweite **SCHULEWIRTSCHAFT-Netzwerk** vermittelt jeder interessierten Schule einen Partnerbetrieb. Ziel ist eine verbesserte Ausbildungsreife von Schülerinnen und Schülern auch mit Migrationshintergrund. Betriebe stellen Mentorinnen und Mentoren - auch mit Migrationshintergrund - zur Verfügung, die Schülerinnen und Schüler informieren und unterstützen.

Die **Industrie- und Handelskammern** bieten eine spezielle Ausbildungsberatung für ausländische Unternehmen und führen Ausbildungsinformationsveranstaltungen für ausländische Jugendliche durch.

Die **Handwerkskammern** schulen ihre Ausbildungsberater zur gezielten Beratung von Unternehmern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Die **Industrie- und Handelskammern** sowie die **Handwerkskammern** werben bei den Unternehmen für die Einstellung von Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund und geben Hilfestellung und Informationen bei der Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie beraten Erwachsene mit Migrationshintergrund, die einen Berufsabschluss nachholen wollen, und bieten bei Bedarf Informationsmaterialien in ausländischer Sprache an.

Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** wirbt bei Betrieben für die verstärkte Berücksichtigung der Fähigkeiten von Migrantinnen und Migranten und setzt sich dafür ein, dass die „Charta der Vielfalt“ Eingang in die Praxis der Betriebe findet. Sie wirbt für die verstärkte Nutzung flankierender Förderangebote (z.B. Sprachförderung) sowie von Mentorinnen und Mentoren in der Berufsvorbereitung und Ausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund, für die verstärkte Nutzung von „Tandems“ aus Auszubildenden mit Migrationshintergrund und leistungsstarken Auszubildenden sowie dafür, dass Betriebe gezielt Zusatzqualifizierungen anbieten, insbesondere berufsbezogenen Sprachunterricht, Auslandspraktika oder grenzüberschreitende Ausbildung.

Der **DGB und die Gewerkschaften** setzen sich dafür ein, dass ausländische Jugendliche unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen gleichrangigen Zugang

zum Berufsbildungssystem erhalten. Dazu beraten und informieren sie Personalverantwortliche sowie Betriebs- und Personalräte über die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Aufnahme einer Ausbildung im Dualen System. Der DGB und die Gewerkschaften fördern die Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Betrieben und Verwaltungen und unterstützen die Beschäftigten, unabhängig von Nationalität und Herkunft, bei der Durchsetzung ihrer Interessen. Gewerkschaften bieten Seminare zur Aus- und Fortbildung von Betriebs- und Personalräten an, in denen die Integration ausländischer Beschäftigter und deren Gleichstellung integraler Bestandteil ist.

Der DGB und die Gewerkschaften engagieren sich im Rahmen der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit dafür, dass gering qualifizierte Migrantinnen und Migranten verstärkt auch in die Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit einbezogen werden.

Der DGB unterstützt die erfolgreiche Arbeit der „Beruflichen Qualifizierungsnetzwerke für Migrantinnen und Migranten (BQN)“ und strebt eine Übertragung des Modellansatzes auf weitere Regionen an.

Die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)** unterstützt die integrationspolitischen Themen und Zielsetzungen in ihren Publikationen und wird auf eine rasche und umfassende Weiterbildung der Lehrkräfte und sozialpädagogischen Fachkräfte und der Erzieherinnen und Erzieher im Hinblick auf interkulturelle und sprachliche Kompetenzen dringen. Sie wird Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für bundesweite Fortbildungsprogramme zu interkulturellen Themen ausbilden und sich dafür einsetzen, dass sie Eingang in die Aus-, Fort- und Weiterbildung für pädagogische Berufe finden.

Wohlfahrtsorganisationen und Stiftungen

Die Mitgliedsverbände der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege**

- stellen ein nachhaltiges Angebot an Integrationskursen zur Verfügung, unterstützen und begleiten die Kursteilnehmer und entwickeln ihr Kursangebot kontinuierlich weiter.
- richten ihre Arbeit durchgängig auf die Themen Sprachentwicklung und Sprachförderung aus, insbesondere in ihren Beratungsangeboten und familienunterstützenden Dienstleistungen.
- arbeiten sprachliche Bildung in die Qualitätskonzepte ihrer Kindertageseinrichtungen ein, qualifizieren die Erzieherinnen und Erzieher und stellen verstärkt Fachkräfte mit Migrationshintergrund ein.
- unterstützen junge Migrantinnen und Migranten im Rahmen ihrer Jugendsozialarbeit sowie in Patenschaftsprojekten beim Übergang von der Schule in den Beruf.
- wollen mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund gewinnen.
- bauen ihre Unterstützungs- und Beratungsangebote für von Gewalt und Zwangsverheiratung betroffene bzw. bedrohte Migrantinnen aus.
- treiben die interkulturelle Öffnung in ihren ambulanten und stationären Diensten und Einrichtungen zur Altenhilfe und -pflege voran.
- fördern die ehrenamtliche Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten und erhöhen insbesondere den Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund in ihren Verbänden.

Der **Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband** richtet ein Forum für Migrantinnen und Migranten ein. Die ca. 100 Migrantenselbstorganisationen (MSO), die Mitglied sind, werden eingeladen in dem Forum mitzuarbeiten. Konkret geht es um die bessere Wahrnehmung der Arbeit der MSO, den Austausch über erfolgreiche Strategien, die Vermittlung von Projekten und die stärkere Berücksichtigung des spezifischen Know-hows der MSO.

Das **Deutsche Rote Kreuz** entwickelt mit seinem Arbeitskreis „Migranten als Partner des DRK“ Pilotprojekte zur Mitwirkung von Menschen mit Migrationshintergrund in den ehrenamtlichen Strukturen des DRK. Die Projekte sind Teil der 2004 beschlossenen Programmatik „Interkulturelle Öffnung im DRK. Das Deutsche Rote Kreuz – nicht nur für Deutsche“. Der Startschuss für die Projekte fiel am „Weltrotkreuztag“ 2007 (8. Mai).

Der **Deutscher Bundesjugendring** will Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in die bestehenden Strukturen stärker als bisher integrieren. Die Öffnung von Dachverbänden und Jugendringen für Migrant(inn)enselbstorganisationen soll durch Beratung, Unterstützungen und Begleitung oder praktischer Kooperation vorangebracht werden. Best-Practice Beispiele werden bundesweit öffentlich gemacht.

Auf Initiative der **Robert Bosch Stiftung** hat der Bundesverband Deutscher Stiftungen eine Arbeitsgruppe „Integration von Migranten“ gegründet, um diese Thematik noch stärker in den Blickpunkt von Stiftungen zu rücken, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Kultur.

Die **Stiftung Mercator** führt bundesweit ein Projekt „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ an 35 Standorten durch. Projektziele sind sowohl die sprachliche und fachliche Förderung junger Migrantinnen und Migranten als auch die sprachdidaktische Ausbildung des künftigen Lehrpersonals. Die Stiftung Mercator stellt für dieses Projekt 10 Mio. Euro zur Verfügung.

Die **Herbert-Quandt-Stiftung** verstärkt ihr Förderengagement für Schulen in Berlin und Hessen im Rahmen des Wettbewerbs "Schulen im Dialog". Diese Förderinitiative soll Schulen und Lehramtsanwärter anregen und begleiten zu nachhaltiger Kompetenz in Fragen zu "europäischer Identität und kulturellem Pluralismus". Zu den Hauptzielen gehören exemplarische Schulentwicklung vor Ort und fundierte Beschäftigung mit Glaubensfragen.

Die **Stiftung Lesen** wird ihre Maßnahmen zur Förderung des Lesens als Schlüsselkompetenz ausweiten und neue Modelle erproben, um die Handelnden vor Ort, insbesondere Erzieher, Lehrer, Eltern, Großeltern, zu erreichen. Neue Projektbeispiele sind: „Lesestart“ für junge Familien (Vorleseheft für ausländische Eltern und Kinder zum gemeinsamen Deutschlernen); Kinderbetreuung mit Schwerpunkt Sprachförderung durch ehrenamtliche Vorlesepaten und Lese- und Medienclubs für Kinder und Jugendliche; „Deutschland – Ein Haus der Kulturen“ (Ausländer erzählen ihre Geschichte in Deutschland).

Kultur

Die **Kulturpolitische Gesellschaft** plant für das Jahr 2007 das "Förderprogramm Interkultur" (systematische Unterstützung und Weiterentwicklung innovativer integrativer Projekte der interkulturellen Kulturarbeit), ferner das Projekt "Qualifizierung und Konzeptentwicklung Interkultur" und die Gründung des "Netzwerks Interkultur".

Die **Popakademie Mannheim** baut die erfolgreichen Projekte „Popzirkus“ und „School of Rock“ sowie weitere world-music- und Popmusikprojekte in Schulen – unter anderem an sozialen Brennpunkten - aus. Ziel ist die Förderung von Talenten unter den Kindern und Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund.

Medien

Die **ARD** hat sich das Ziel gesetzt, den Alltag der Menschen aus Zuwandererfamilien als Teil der gesellschaftlichen Normalität abzubilden und dabei die Chancen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft glaubwürdig zu vermitteln, ohne ihre Probleme und Risiken zu negieren. In allen relevanten Programmgenres und -formaten sollen Migrations- und Integrationsthemen erscheinen und Menschen mit Migrationshintergrund als Protagonisten in unterschiedlichsten Lebenslagen, insbesondere außerhalb gebräuchlicher Klischees, auftreten. Dazu dienen u.a. die Aufnahme klarer und nachprüfbarer Vorstellungen zum Thema „Integration“ in die ARD-Leitlinien. Das Thema Islam spielt eine große Rolle. 2007 plant der WDR eine zweitägige Sendung zum Ende des Ramadan. Der SWR veröffentlicht seit dem 20. April 2007 ein „Islamisches Wort“ im Internet.

Die ARD wird durch gezielte Personalgewinnung und -entwicklung Redakteure, Autoren, Moderatoren und Schauspieler ausländischer Herkunft verstärkt fördern, die als positive Identifikationsfiguren an exponierter Stelle in den Programmen erscheinen sollen. Der WDR ist 2007 als erste öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt der „Charta der Vielfalt“ beigetreten. Die ARD fördert die interkultureller Kompetenz durch praxisnahe Fortbildungen.

Das **ZDF** will die Chancen des Miteinanders unterschiedlicher Kulturen zum noch selbstverständlicheren Thema machen, ohne die damit verbundenen Probleme zu verschweigen. Migration und Integration werden als Querschnittsthema kontinuierlich in allen Programmen und Genres berücksichtigt. Die Zahl der Produktionen, die sich mit grundlegenden Fragen der Migration und Integration auseinandersetzen, wird erhöht. Einzelne Magazin-Sendungen werden schwerpunktartig auf das Thema Migration und Integration fokussiert. Mit dem „Forum zum Freitag“ hat das ZDF eine Dialogplattform im Internet zur interkulturellen Verständigung eingerichtet. Die Zahl der tragenden Rollen in fiktionalen Produktionen, die von Menschen mit Migrationshintergrund eingenommen werden, wird weiter erhöht. Das ZDF wird 2008 ein Programmformat für Vorschulkinder starten, das den Spracherwerb und die Sprachkompetenzförderung von ausländischen Kindern berücksichtigt.

Das ZDF wird die Berücksichtigung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund systematisch fortführen und in den nächsten Jahren gezielte Maßnahmen ergreifen, sich einer bevölkerungsrepräsentativen Zusammensetzung des Redaktionspersonals anzunähern. In den kommenden Jahren ist vorgesehen, zwei weitere Moderatorinnen und Moderatoren mit Migrationshintergrund mit der Präsentation von Sendungen zu betrauen, eine davon im Nachrichtenbereich. Für die ZDF-Hauptredaktion Kultur und Wissenschaft, in der die beiden Kirchenredaktionen des

Hauses angesiedelt sind, wird die Einrichtung einer Redakteursposition für nicht-christliche Religionen vorbereitet. Das ZDF wird sein internes Aus- und Fortbildungsangebot zum Thema Integration und Migration ausbauen.

Die **Deutsche Welle** prüft, ihr Ausbildungsprofil zu erweitern und ein Angebot für den journalistischen Nachwuchs aus der Gruppe der Zuwanderer zu erstellen. Die Deutsche Welle stellt ihre jahrzehntelange Erfahrung und ihre Kontakte bei der Aus- und Fortbildung von Journalisten aus aller Welt durch ihre Akademie interessierten Medien in Deutschland zur Verfügung. Sie plant, ihr Angebot vor Ort in den jeweiligen Heimatländern von Migranten um Deutschsprachkurse für zukünftige Zuwanderer zu erweitern.

Die **privaten Rundfunkunternehmen** greifen gesellschaftlich und politisch relevante Entwicklungen rund um Integrations- und Migrationsthemen in den einschlägigen Hörfunk- und TV-Formaten regelmäßig ebenso verständlich wie abwechslungsreich auf und beleuchten sie aus den unterschiedlichsten journalistischen Blickwinkeln. Im fiktionalen Bereich wird auf anspruchsvolle und humorvolle Weise ein differenziertes Bild gezeichnet, das ausländische oder ausländischstämmige Bürgerinnen und Bürger als selbstverständlichen Bestandteil gesellschaftlicher Normalität thematisiert. Entsprechende Formate werden auch künftig weiter entwickelt.

In den privaten Rundfunkunternehmen sind ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger oder Menschen mit Migrationshintergrund bereits seit Jahren in allen Unternehmensbereichen präsent – z. B. als Journalisten, Autoren, Marketing- und Eventfachleute, Reporter, Schauspieler oder Moderatoren. In den privaten Hörfunk- und TV-Unternehmen erhalten alle jungen Menschen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, bei gleicher Eignung eine hoch qualifizierte Ausbildung, die es ihnen ermöglicht ihre Potenziale zu entfalten und eine erfolgreiche berufliche Laufbahn einzuschlagen. Der **Verband Privater Rundfunk und Telemedien e. V. (VPRT)** hat sich der „Charta der Vielfalt“ angeschlossen und wird sich dafür einsetzen, möglichst viele weitere private Rundfunkunternehmen für eine Unterzeichnung zu gewinnen.

RTL wird junge Menschen mit Migrationshintergrund stärker im Sender integrieren und über Workshops der RTL-Journalistenschule zukünftig auch Lehrern die Möglichkeit geben, zusätzlich Medienkompetenz zu entwickeln, die im Unterricht positiv weitervermittelt werden kann. An allen RTL-Senderstandorten werden sich Schüler im Rahmen eines „Migrations-Schülerpreises“ selbst mit der Migrationsthematik auseinandersetzen und dabei an die Grundlagen journalistischen Arbeitens in audiovisuellen Medien herangeführt. Das erforderliche technische Equipment und fachliche Know How stellen RTL-Mitarbeiter im Rahmen von Projektpatenschaften zur Verfügung. Den Gewinnern werden neben Sachprämien und Redaktionsbesuchern im Einzelfall auch Praktika und journalistische Patenschaften vermittelt. Einen persönlichen Blick auf Sehgewohnheiten, Wünsche und Bedürfnisse jugendlicher Migranten erlaubt die fortlaufende RTL-Initiative, bei der Chefredakteur Peter Kloeppe mit Schülern Mediennutzungsverhalten diskutiert, programmliche Anregungen entgegennimmt und Ergebnisse im Rahmen der RTL-Berichterstattung abbildet.

Der **Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ)** will aktiv auf die Zeitschriftenverlage zugehen, um mehr Bewusstsein für die Handlungsnotwendigkeit zu schaffen und für die Entwicklung geeigneter integrationsfördernder Maßnahmen zu werben. Zur Ermutigung integrationsfördernder Projekte ist die Auslobung ei-

nes jährlich zu vergebenden Preises für besonders vorbildliche Integrationsprojekte geplant. Ferner wird der Verband prüfen, ob die Thematik durch eine Anzeigenkampagne im Bewusstsein der Bevölkerung stärker verankert werden kann. Der Verband beabsichtigt, im Bereich der Aus- und Fortbildung ein gezieltes Seminarangebot bei der Zeitschriften-Akademie des VDZ sowie ein spezifisches Aus- und Fortbildungskonzept mit verbundenen Ausbildungsorganisationen zu entwickeln.

Um das Thema Integration unter dem journalistischen Nachwuchs bundesweit präsent zu machen, wird der **Verband der Jugendpresse** das Thema in dem Jugendmedienprojekt "politikorange" für Jugendliche aufbereiten. Die **Jugendpresse Deutschland** wird zwei ihrer bewährten Tools zur Förderung junger Medienmacher – die Mobilien Akademien an Schulen und das Mentorenprogramm für junge Journalisten – gezielter auf Migrantinnen und Migranten ausrichten, um diese für den Journalismus zu gewinnen. Durch gezielte Ausschreibung, die Gewinnung von Mentoren mit Migrationshintergrund und die besonderen Berücksichtigung von migrantischen Bewerbern bei der Auswahl sollen Nachwuchsjournalisten mit Migrationshintergrund künftig besonders gefördert werden.

Die **CIVIS Medienstiftung** für Integration und kulturelle Vielfalt wird neben den bestehenden Aktivitäten 2007 einen neuen Fernsehpreis in Deutschland und Europa ausloben, der die betriebliche Integration von Einwanderern und Ausländern in Wirtschaft und Industrie in den Mittelpunkt stellt. Mit der Gründung einer CIVIS Akademie zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich verfolgt die CIVIS Medienstiftung das Ziel, Radio- und Fernsehjournalisten sowie Studierende und Absolventen der Film- und Medienhochschulen für Themen der Integration und kulturellen Vielfalt zu sensibilisieren.

Die **Initiative D21 e.V.** hat für 2007 einen ihrer Arbeitsschwerpunkte auf die Digitale Integration gelegt. Eine wichtige Zielgruppe für die Digitale Integration sind Personen mit Migrationshintergrund. Die Initiative D21 wird eine IT-Roadmap entwickeln, in der Best-Practice-Beispiele zur gesellschaftlichen Integration durch IT dargestellt sowie Handlungsempfehlungen kommuniziert werden sollen. Die Initiative D21 will das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund an den Informations- und Kommunikationstechnologien stärken, um ihre Sprachkompetenz, ihre beruflichen Chancen und ihre gesellschaftliche Integration in breitem Umfang zu unterstützen.

Mit der Gründung des Vereins „Unser Haus Deutschland“ werden die **Werner Media Group**, die **Jüdische Gemeinde zu Berlin** und die **Türkische Gemeinde zu Berlin** russischen, jüdischen und türkischen Zuwanderern in Berlin gemeinsam die Möglichkeit zu Rechtsberatungen, zum Sprachtraining, zu Computerschulungen und zum Kennenlernen der Kultur des Anderen geben. Ferner ist ein regelmäßiges deutsch-russischsprachiges TV-Magazin mit einem lokalen Fernsehsender zum Migrationsalltag in der Hauptstadt in Vorbereitung.

Die **Ihlas Media Gruppe** plant die Ausstrahlung der Deutschkurs-Serie „Deutsch Klasse“ des Bayerischen Rundfunks mit Untertiteln in türkischer Sprache in ihrem Programm. Auch in ihren Printmedien will die Verlagsgruppe einen Deutschkurs erarbeiten und konzipieren.

Die **Sabah/ATV Gruppe** plant eine Kooperation im Bereich der Deutschkurse mit der „Deutschen Welle“, die sich besonders an Leserinnen richtet. In Kooperation mit der **Türkischen Gemeinde Deutschlands** und der **Bundesagentur für Ar-**

beit plant die Verlagsgruppe eine Initiative zu Vermittlung von Ausbildungsplätzen für türkischstämmige Jugendliche.

Die **Dogan-Verlagsgruppe** bietet 1000 jungen bilingual türkisch- und deutschsprachigen Nachwuchskräften aus Deutschland und Europa bis zum Jahr 2010 eine mehrmonatige Qualifizierung in den unternehmenseigenen Verlags- und Sendeanstalten an.

Sport

Der **Deutsche Olympische Sportbund (DOSB)** wird sein seit 1989 bestehendes Programm „Integration durch Sport“ einem Prozess der Qualitätssicherung unterziehen. Hierfür werden mit der Bundesregierung sowie mit den Landessportbünden Zielvereinbarungen geschlossen und in 2008 umgesetzt. Zur Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z.B. Frauen mit Migrationshintergrund, Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter etc.) verpflichtet sich der DOSB, die Qualifizierungsmaßnahme „Sport interkulturell“ in allen Bundesländern umzusetzen und im Hinblick auf verschiedene Sportarten zu spezifizieren. Um das hohe sozial-integrative Potenzial des Sports stärker zu nutzen, will sich der DOSB für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Programmen „Soziale Stadt“ und „Integration durch Sport“ einsetzen. Ziel ist es, wohnortnahe Sport- und Bewegungsangebote vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen zu fördern und zu etablieren.

Das Präsidium des DOSB hat im Sommer 2006 drei Integrationsbotschafterinnen benannt und verpflichtet sich, weitere zu benennen.

In den Fachbereichen „Gender Mainstreaming“ und „Integration durch Sport“ entwickelt der DOSB derzeit ein Projekt für Angebote in Sportarten, die von Migrantinnen bevorzugt werde (z. B. Kampfsport, Fußball, Tanzen, Schwimmen). Die Sportangebote sollen mit weiteren Qualifizierungsangeboten (z.B. Spracherwerb) gekoppelt werden.

Der **Deutsche Fußball-Bund (DFB)** plant den Aufbau eines DFB-Netzwerkes „Integration“. zur Koordinierung lokaler/regionaler Integrationsprojekte im Fußball. Der DFB fördert das Modellprojekt „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung“ zusammen mit der Bundesregierung mit insgesamt 300.000 Euro. Das Präsidium des DFB hat am 1. Dezember 2006 eine Integrationsbeauftragte berufen. Je nach Anlass sollen demnächst zusätzlich Integrationsbotschafterinnen und Integrationsbotschafter mit Migrationshintergrund berufen werden. Zur gezielten Projektentwicklung und Maßnahmenumsetzung wird der DFB eine Expertenkommission „Integration“ einrichten.. Auf dem DFB-Bundestag im Oktober 2007 wird erstmals ein umfassender Fußball-Entwicklungsplan verabschiedet, in dem die Integrationsziele des DFB und die damit verbundenen Maßnahmen eine wichtige Rolle spielen. Im Rahmen der Kooperation von DFB und DaimlerChrysler ist die jährliche Auslobung eines Integrationspreises für Projekte/Maßnahmen innerhalb des DFB sowie von Schulen und externen Projektträgern beabsichtigt.

Der DFB fördert ein Modellprojekt zur sozialen Integration von Mädchen durch Fußball.

Der **DOSB** und der **DFB** verpflichten sich, die Plakatkampagne der Bundesregierung „Integration. Wir machen mit.“ zu unterstützen und seine Mitgliedsorganisati-

onen darauf aufmerksam zu machen. Weitere Sportverbände sollen dafür gewonnen werden.

Der **Deutsche Turner-Bund (DTB)** ermittelt im Rahmen seines „Innovationspreises für Turn- und Sportvereine“ Best-Practice-Projekte in der Kategorie „Integration von Mädchen und Frauen“ und zeichnet diese aus. Der Preis wird im Zuge des Stuttgarter Sportkongresses für November 2007 ausgeschrieben. Eine Ausweitung der Ausschreibung als jährlicher „DTB-Vereinspreis“ ist ab 2008 ins Auge gefasst. Der DTB arbeitet in seinen jährlichen Sportkongressen das Thema „Integration von Mädchen und Frauen im Turnverein“ auf. Die nächsten Kongresse finden im November 2007 in Stuttgart und im November 2008 in Hamburg statt. Zur Koordinierung und Bearbeitung des Schwerpunktes „Integration von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund“ hat das Präsidium des DTB im September 2006 eine Präsidialkommission berufen. Ergebnisse der Arbeiten werden auf dem Internationalen Deutschen Turnfest 2009 in Frankfurt am Main präsentiert.